

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Stammkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Frachtkosten monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 87,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Pöhlitzplatz 10. Tel. 26261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Pöhlitzplatz 10. Tel. 26261.  
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 gelblichere Nonparillenzeile 9,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die Spezialanzeiger 35,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Keine Verpflichtung zur Annahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 185

Dresden, Donnerstag den 10. August 1922

33. Jahrg.

## Das englisch-französische Ringen

## Grundgedanken unserer Reichsverfassung

Von Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer

In französischen Kreisen wurde darauf hingewiesen, daß die von der englischen Presse veröffentlichten Nachrichten, denen zufolge die meisten Vorschläge Poincarés vom Sachverständigenausschusse abgelehnt worden seien, verfrüht wenn nicht irrig seien.

Wie das kaiserliche Bureau erfährt, ist der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses über die Vorschläge Poincarés überreicht worden. Der Ausschuss ist zu dem Schlusse gekommen, daß die Vorschläge überhaupt keine außerordentlichen Gelder von Deutschland einbringen werden.

Insichtlich des Vorschlags, daß die Alliierten eine Kontrolle über die dem Staate gehörenden deutschen Bergwerke und Forsten errichten sollten, stimmten der italienische und der japanische Vertreter mit der britischen Regierung darin überein, daß eine solche Maßnahme zwecklos sei außer als Sanktionen.

Was die vorgeschlagene Zolllinie zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland anbelangt, so waren die Alliierten außer Frankreich der Ansicht, daß eine solche Maßnahme unerwünscht sei.

Gegen die Anregung, daß die Alliierten Anteile von 60 Prozent an den deutschen chemischen Fabriken übernehmen sollten, erhoben alle Alliierten außer Frankreich Widerspruch und betrachteten eine solche Garantie als Grund für Deutschland, mehr Papiergeld zu drucken.

Bei den Verhandlungen der Sachverständigen erklärte ein belgischer Delegierter, die viel besprochenen Gewinne der deutschen Industrie seien nur Schaufensterdekorationen, dazu bestimmt, Kredite von den Banken zu erhalten.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas berichtet über die Unterredung zwischen Poincaré, Lloyd George und Thurnis, Lloyd George habe von den französischen Vorschlägen angenommen die 25 prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr, die Beschlagnahme der Staatsgruben im Ruhrgebiete sowie der Domänenforsten auf dem linken Rheinufer. Die anderen Vorschläge wie die Zolltarife im Rheinlande und im Ruhrgebiete stießen noch auf festen Widerstand der englischen Regierung. Aber Poincaré scheint unnachgiebig zu sein.

### Clemenceau in Versailles

Enthüllungen des Wilsonschen Pressescheß, Vater

Die D. A. Z. läßt sich aus NeuYork über Enthüllungen berichten, die Vater, der frühere Pressescheß Wilsons, in einem Zeitungsfeuilleton in Fortsetzungen unter der Überschrift: „Amerika und der Weltfrieden“ macht. Beachtenswert ist, was Vater über Clemenceaus Politik in der Zeit

vor und nach Abschluß des Vertrages von Versailles zu sagen weiß. Er gruppiert dessen Absichten in vier große Ziele:

1. Militärische Intrigen zwecks Entfaltung eines separaten französischen Kaiserreichs längs des linken Rheinufers, um durch einen Handstreich zu erringen, was durch Verhandlungen nicht zu erreichen war.

2. Wirtschaftliche Intrigen, um Frankreich die Vorhand in allen drei Besetzungsgebieten des Rheinlandes zu sichern und zugleich Deutschlands wirtschaftliche Beziehungen mit dem Rheinlande zu vernichten oder wenigstens unumkehrbar zu schädigen.

3. Andre Pläne, um Deutschland zu zerstückeln.

4. Rißige Versuche, den schon vereinbarten Text des Friedensvertrages so umzugestalten, daß Deutschland nach über die Absichten der vier Staatsmänner hinaus (Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando) geschädigt und Frankreich be-reichert würde.

Die militärischen Intrigen wurden durch Verleumdungen eingeleitet, die Vater nennt, er spricht von „einem gewissen Dr. Dorian und einer Bande von Verschwörern“. Sie unterhielten lebhafteste Beziehungen mit General Mangin, dem Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen links des Rheines. Ein Marnruf des Kölner Bürgermeisters machte einen Stich durch die ersten Vorbereitungen. Lloyd George verlangte von Clemenceau Erklärungen. Dieser leugnete. General Mangin ließ Dorian ruhig weiterwirken. Das ging so lange, bis Wilson durch den General der amerikanischen Truppen am Rhein, Pershing, Mitteilung davon bekam, daß Mangin in das Gebiet der amerikanischen Armee mehrere Duzend „Deputierte“ schicken wollte, die zur Vorbereitung der politischen Revolution am westlichen Rheinufer bereit zu stehen hätten! Da schritt auch Wilson etwas gemerkt zu haben, denn er hat Clemenceau gefragt, was jene merkwürdigen Vorbereitungen auf sich hätten. Vier konnte Clemenceau nicht anders, er zog seine Hände offiziell von Dorian zurück.

Damit waren aber nach den Mitteilungen der D. A. Z. die französischen Absichten und Versuche, eine Politik zu treiben, an die Wilson bisher nicht gedacht hatte, durchaus nicht erledigt. Nunmehr wollte noch

### Süddeutschland vom Reiche abtrennen.

Er fiel vor dem Rat der Vier recht deutlich ab. Wenn Clemenceau damals bestimmte deutschnationalistische Kreise in Süddeutschland so gut gekannt hätte, wie sie ihm heute vertraut sind, vielleicht wäre es dann nicht bei der Abfuhr geblieben.

Vater weiß weiter zu erzählen, daß Frankreich immer wieder versucht habe, einzelne Bestimmungen des Vertrages im letzten Moment durch kleine Korrekturen in ihr Gegenteil zu verkehren. Das habe Wilson mehrere Male entdedt. Wilson ist und in den Kernfragen scheint es ihm nicht gelungen zu sein, denn sonst würde Vater, der ihn verteidigt, nicht vergessen haben, darauf hinzuweisen.

## Die Heze geht weiter

München, den 9. August. Während die bayerische Delegation in Berlin mit der Reichsregierung verhandelt, führt die Münchner Presse die Heze gegen das Reich und die Sozialdemokratische Partei fort. So sieht die Staatszeitung heute Abend Wärmewörter in die Welt, als ob die präzisen Genossen im Einverständnis mit der französischen Besatzungsbehörde einen Putsch in der Pfalz planten, um die Pfalz von Bayern loszureißen. Es ist die „gewalttätige Vertreibung“ der bayerischen Regierung geplant. In maßgebenden politischen Kreisen erhalte sich mit aller Bestimmtheit das Gerücht, daß ein zukunftslos vergebliches, Heftiges und der Pfalz zu einem neuen deutschen Staat in die Wege geleitet werde.

### Die Verhandlungen in Berlin

Die feindlichen Brüder sind nun also doch zusammengekommen. Endlich zusammengekommen. Der Notentwurf zwischen Berlin und München hat — seien wir vorsichtig! — eine Unterbrechung erfahren. Vielleicht ist er zu Ende, vielleicht.

Deute früh begann kurz nach der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin in der Reichskanzlei die erste große Aussprache zwischen den Vertretern des Reiches und den Vertretern Bayerns über die strittigen Fragen. Zunächst beriet man den gesamten Fragenkomplex. Dann löste man diesen Komplex in verschiedene Einzelfragen auf, über die sich die zuständigen Ressortminister zunächst verständigen sollten. Sind die Einzelberatungen zu Ende, dann geht das Ergebnis dieser Beratungen zurück zur Gesamtkonferenz. Wahrscheinlich wird sich dann noch das Reichskabinett für sich und das bayerische Kabinett für sich mit dem Ergebnis der Beratungen beschäftigen.

Man sieht, es ist schon ein recht umständliches Verfahren nötig, um im deutschen Reiche einen häuslichen Streit aus der Welt zu schaffen. Vielesichtige Perspektiven eröffnen sich da. Zurück hinter 1868!

Man muß schon zufrieden sein, daß die Aussprache zunächst in ruhiger und sachlicher Weise geführt wurde, daß nicht gleich eine Bombe platze. Zwischen der Vormittagsberatung und den Nachmittagsberatungen gab es ein Frühstück beim Reichskanzler zu Ehren der bayerischen

Gäste. Soweit also die — beinahe hätten wir gesagt: internationalen Höflichkeit in Frage kommt, kann man wohl kaum von einem „Kamossagang“ sprechen. Die Reichsregierung und der Reichspräsident haben alles getan, um die Verhandlungsatmosphäre so brauchbar wie möglich zu gestalten. Besonders sich zeigen die Wortführer Bayerns genügend innere Bereitschaft, zu einer vernünftigen Lösung. Dieser Wille zur Einigung ist bei den Vertretern Bayerns um so nötiger, als ihnen in München vor der Abreise stark die Hände gebunden hat. Graf Lerchenfeld muß erst den Segen der neugebildeten bayerischen Regierungskoalition zu seinen Abmachungen einholen. Versehen darf nicht mit leeren Händen kommen. Es ist nicht wenig, was er aus Berlin mitbringen soll. Er soll bringen: erstens eine besondere bayerische Abteilung bei der Reichskriminalpolizei, zweitens die Aufhebung einer größeren Anzahl von Gegenständen aus dem Bereich des Staatsgerichtshofes zur Aburteilung in Bayern. Und drittens besondere Garantien für die bayerischen Hoheitsrechte.

Wie jetzt verlautet über den Verlauf der Verhandlungen noch kein Sterbenswörtchen. Wir können uns auch nicht recht vorstellen, wie das Reich, wenn es sich nicht selbst bloßstellen will, diesen bayerischen Hausforderungen irgend eine schöne Seite abgewinnen will. Mit einer besonderen bayerischen Abteilung bei der Reichskriminalpolizei wird nichts anders erreicht, als daß die Rache wieder auf ihre Fährte springt. Driert Bayern seine Forderungen durch, dann bedeutet das Republik-Schutzgesetz innerhalb der weißblauen Grenzpfähle nichts, gar nichts. Das war gerade der Zweck der Uebung: das Republik-Schutzgesetz, die Waffe gegen jenen Feind, der nach dem Wort des Reichskanzlers unmittelbar nach der Ermordung Rathenows reißt, scharf und stumpf zu machen.

### Beleidigung Kners

Die Münchner Revellen Nachrichten hatten unsere Genossen Kner betreffende Gerüchte über seine politische Tätigkeit gemacht. Infolgedessen wurde gegen das Reich ein Verleumdungsschreiben an die Reichsregierung geschickt, als Mitglied einer falschen Republikanischen Regierung Verleumdung des Reichspräsidenten angeklagt.

Überall in deutschen Landen wird der 11. August feierlich begangen zum Gedächtnis des Tages, an dem im Jahre 1919 die Verfassung des Deutschen Reiches unterzeichnet wurde und in Kraft trat, das Werk der deutschen Nationalversammlung, das wichtigste Ergebnis ihrer Tagung in Weimar. Eine Verfassung ist das oberste und Grundgesetz eines Staates. Sein oberstes Gesetz, denn es gilt vor allen andern. In einem Verfassungsstaate kann kein einzelnes Gesetz bestehen, das nicht mit den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung übereinstimmt.

Die Reichsverfassung Bismarcks hat das große Verdienst, daß sie die notwendige Einheit, in dem Maße, wie sie damals dringend war, herbeiführte. Wohl kam Bismarck dabei zuflatten, daß Preußens Stellung nach 1866 stark genug war, die übrigen Mitglieder des Norddeutschen Bundes einfach zu zwingen. Immerhin machte er den Bundesstaaten gewisse Zugeständnisse, sie wurden an der Anwendung, d. h. an der Ausgestaltung der Reichsverfassung und an der Leitung der Reichspolitik maßgebend beteiligt. Das gelang dadurch, daß ein großer Teil der freibewilligen Wünsche des deutschen Volkes in dieser Reichsverfassung unerfüllt blieb. Zunächst einmal, indem nicht das Volk Träger der Souveränität ward, sondern die Summe der Fürsten; wie es ja auch in der Einigungsformel der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 und später der des Deutschen Reiches von 1871 heißt: „Der König von Preußen und Großherzog von Mecklenburg-Schwerin“. Dann folgten einmal wie das andre Mal Könige und Großherzöge und als die andern Souveräne. Bismarck hat bewußt diesen Charakter des Reiches betont. Trotzdem derart der föderalistische Charakter des Deutschen Reiches, d. h. sein Vergehen auf einem Bündnis der Fürsten, im Vordergrund stand und die Reichsleitung eigentlich beim Bundesrat lag, kann man nicht sagen, daß die einzelstaatlichen Regierungen in Wirklichkeit an der Politik des Reiches maßgebend beteiligt gewesen wären. Im Grunde wurde sie im preussischen Staatsministerium gemacht, dem ja alle Staatssekretäre mindestens als Minister ohne Portefeuille angehörten. Erst wenn hier die Beratungen abgeschlossen waren, wurden die Gesetzesentwürfe und sonstigen Maßnahmen oder Vorlagen auch den andern Regierungen mitgeteilt. Dieser weiteren Öffentlichkeit sind diese Verhältnisse erst während des Krieges klar geworden. Bayerische Empfindlichkeiten wurden durch Entgegenkommen bei Souveränitäten und Gewährung einiger an sich ziemlich belangloser Sonderrechte geschont. Und die Einigkeit unter den Regierungen wurde sehr wesentlich dadurch gewahrt, daß von Preußen immer als gemeinsames Hauptinteresse bekannt wurde, die Autorität der Regierungen gegenüber der Volksvertretung zu wahren. Das führt auf ein sehr wesentliches Merkmal dieser Verfassung, nämlich

### Das konstitutionelle System.

Gerade weil die Weimarer Verfassung auf dem Boden des parlamentarischen Systems steht, kann man sie nur richtig würdigen, wenn man beide Systeme miteinander vergleicht; nicht nur in der äußeren Form, sondern vor allem in der inneren, der politischen Wirkung.

Wesentlich ist der Unterschied einfach: im parlamentarischen System, immer, ob es republikanisch ist, wie in Deutschland, oder monarchisch, wie in England, können die Minister nicht frei vom Staatsoberhaupt, sondern nur im Einverständnis mit dem Parlament ernannt werden; sie müssen zurücktreten, wenn dieses ihnen das Vertrauen durch Abstimmung verweigert. Im konstitutionellen System ernannt und entläßt der Herrscher die Minister nach eigener Entscheidung, ohne die Volkswürdigen zu fragen. Das ist die Folge?

Wenn man den Gehalt der Volkswürdigen richtig durchdringt, so soll damit erreicht werden, daß die Kräfte des Staates durch die Regierung, die das Vertrauen der Volkswürdigen, also des Volkes, genießt, wirklich zusammengefaßt werden können; beide Kräfteauswirkungen ergänzen sich. Im konstitutionellen Staat dagegen ist der Versuch gemacht, die Rechte der Regierung, d. h. des Herrschers und die der Volkswürdigen, so gegeneinander abzugrenzen, daß eine Art innerpolitischer Gleichgewichts entsteht. Das mag sein, erformen sein; aber es bewährt sich nicht im politischen Leben. Denn die Folge ist, daß Regierung und Volkswürdigen, statt Vertrauen zueinander zu haben, ständig argwöhnen, der andere Teil wolle die Rechte des einen schmälern; so entsteht ein ständiger Kampf beider gegeneinander; er führt zu dauernden politischen Spannungen, so daß eine Einheitlichkeit nicht möglich ist. Wir haben das ja im Kriege alle erlebt, wo der Gegensatz zwischen Volkswürdigen und Regierung immer mehr wuchs und schließlich größten Schaden brachte. Es ist vielleicht auch kein Zufall, daß die beiden Staaten des konstitutionellen Systems im Kriege zusammengebrochen sind, Deutschland und Rußland, während die parlamentarischen Staaten unter Regierungen des öffentlichen Vertrauens eine starke einheitliche Leistung hatten.

Der entschiedene Fehler der alten Reichsverfassung wurde in dem besonderen Falle der deutschen Reichsverfassung noch vergrößert durch einen andern. Dem in seinen Rechten an sich schon beschränkten Reichstage stand ein Reichskanzler gegenüber, der zwar Reichsbescheid vor dem Reichstage

die Verantwortung trug, der aber tatsächlich, obwohl er gezwungen war, Reichspolitik mit dem Reichstag zu machen, von einem politischen Machtfaktor abhängig war und immer blieb, der eine ganz andre Gestalt hatte. Im Kriege kam dann noch die Oberste Heeresleitung hinzu und vollendete dem Wirrwarr.

Demgegenüber bedeutet die parlamentarisch-demokratisch-republikanische Reichsverfassung von Weimar eine große Vereinfachung. Sie ist aufgebaut auf dem Grundsatz von der Souveränität des Volkes. Das kommt schon in ihrer Eingangsformel deutlich zum Ausdruck: „Das deutsche Volk hat sich diese Verfassung gegeben.“ Und ebenso im ersten Artikel: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Und man kann sagen, daß diese Grundzüge in der Verfassung völlig durchgeführt sind. Ausgeübt wird

Souveränität des Volkes

von dem Reichstage, der nach einem völlig demokratischen Wahrsrecht von allen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts gewählt wird. Dieser tritt nicht nach Berufung durch die Regierung, sondern automatisch, kraft eigenen Rechtes zusammen. Der Reichstag kann sowohl zu den Vollzügen wie zu den Ausschüssen die Anwesenheit der zuständigen Minister verlangen, um Aufklärung und Rechenschaft von ihnen zu bekommen.

Wahl, Zusammensetzung und Zuständigkeit des Reichstages sind nicht die einzige Verwirklichung der Souveränität des Volkes, wenn auch die wichtigste. Die Reichsverfassung kennt noch zwei andre, die ebenso dem Geiste echter Demokratie entsprechen. An der Spitze des Staates steht nicht ein Herrscher kraft eigenen berechtigten Rechtes, sondern ein von dem gesamten Volke gewählter Reichspräsident. Das ist die zweite Form, in der die Souveränität des Volkes sich äußert; es wählt sich das Staatsoberhaupt.

Selbstverständlich hat dieses insofern keine über die Verfassung hinausreichenden Rechte. Der Präsident steht unter dem Grundgesetze des Staates wie jeder andre Staatsbürger.

Die dritte Ausdrucksform für die Souveränität des Volkes ist der Volksentscheid. Er tritt in besonderen Fällen ein, entweder wenn eine größere Anzahl von Reichstagswahlberechtigten ihn beantragt, oder wenn der Reichspräsident ihn anordnet. Es findet dann eine allgemeine Volksabstimmung statt; das gesamte Volk hat damit über besondere wichtige Fragen wiederum die letzte und ausschlaggebende Entscheidung, gegen die es keine weitere Möglichkeit der Berufung gibt, eben weil es der Träger der Souveränität ist, weil es sich selbst regiert. Gerade diese vollständige Durchführung des demokratischen Gedankens wird oft zum Anlaß genommen, die Reichsverfassung als verfehlt hinzustellen. Man sagt, die Masse (womit man das gesamte Volk bezeichnet, könne nicht regieren. Wer das behauptet, betwehrt sich zweierlei: nämlich Regierung im engeren und Regieren im weiteren Sinne. Durch Wahlen und Abstimmungen gibt das ganze Volk seinen Willen kund, in welcher Grundrichtung die Politik sich bewegen soll; nicht mehr. Daß Massen nicht regieren, d. h. nicht die Staatsgeschäfte führen können, schon rein aus äußeren Gründen nicht, ist eine Selbstverständlichkeit.

Es ist aber auch falsch, zu behaupten, in der Demokratie würde sich eine starke Persönlichkeit, oder wie man's jetzt zu nennen pflegt, eine Führernatur, nicht durchsetzen. Die Beweise für das Gegenteil sind gegeben, in Ländern älterer Demokratie sehr vielfach; man denke nur an Clemenceau oder Lloyd George; und auch bei uns.

Im Gegenteil: es gehört zu den eigentlichen Kennzeichen einer demokratischen Verfassung, daß sie Führernaturen die Bahn frei machen soll, wie jedem Tüchtigen. Keiner soll eingrenzt werden durch Privilegien eines andern Standes. Die Demokratie bildet keine Bevorzugung des Kleins oder der Mittelalter bestimmter Familien; sie will jedem die gleiche Möglichkeit geben, aufzusteigen, auch zu den höchsten Stellen im Staate. Alle Kinder besuchen die Volksschule, und die begabteren sollen den höheren Schulen zugeführt werden; eine an sich sehr richtige Art der Auslese, an deren voller Durchführung nur die entsetzliche Finanznot heute hindert.

Diese vollständige Durchführung der demokratischen Grundgedanken in der Reichsverfassung ist das eigentlich Neue, der wichtige Unterschied gegenüber der alten, die bis 1918 galt. Würde sie dazu beitragen,

unser Volk von einem Nibel zu befreien, das bei ihm tiefer ist als bei den meisten andern, von Faulheit und Standesbündel, und es überleben zur freien Anerkennung der Leistungen des andern, einzel, ob er von oben oder von unten kommt, wenn er nur die Kraft, die Fähigkeit und den Willen hat, zu schaffen für das große Ganze des deutschen Volkes.

Republik und Schule

Der preussische Kultusminister Voelky wendet sich in einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen gegen die Verheerung der Jugend. In ihm wird einleitend unter Hinweis auf die letzten Ereignisse die Notwendigkeit betont, die Jugend zu lebendiger Staatsgesinnung, zu einem Staatsideal zu erziehen, in dem Volksgesinnung und Staatsgefühl sich durchdringen. Dieser Staat muß in dem Bewußtsein und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestande droht zu zerfallen. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtigste Aufgabe der deutschen Schule, macht es erforderlich, daß von den Schülerinnen und Schülern alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgesinnung zu verwirren oder sie gegen den Staat zu beeinflussen, damit sie einmal mit Hingebung dienen sollen. Der Minister weist dann auf die „planvollen Verheerungen jugendlicher gegen Staat und Staatsform“ hin und bedauert, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten. Der Minister verbietet daher den Schülern und Schülerinnen der ihm unterstellten Schulen, Vereinigungen anzugehören oder an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich gegen die geltende Staatsform wenden. Dasselbe gilt von Vereinen, welche die verfassungsmäßigen Grundrechte missachten, Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Zukunft, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen. Die Provinzialschulkollegien und Regierungen werden beauftragt, sorgfältig für die Durchführung dieses Verbots zu sorgen, das sich ohne weiteres auf diejenigen Vereine bezieht, die von der Reichs- oder Landesregierung oder ihren Organen allgemein verboten sind.

Wir erwarten, daß es nicht nur bei diesem Erlaß bleibt, sondern daß auch vom Staatsministerium mit aller Strenge gegen die Schulmänner vorgegangen wird, die es an der nötigen Energie zur Durchführung dieses Verbotes fehlen lassen.

Rechtssprechung und Parteizugehörigkeit

Als Bayern begann, sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik aufzulehnen, wählte der republikanische Richterbund die hayerischen Richter durch einen Aufruf, nicht zu vergessen, daß Reichsrecht über Landesrecht geht, und daß sie als Hüter der Gesetzlichkeit seien. Die Rechtspresse hat über diesen Aufruf sehr entrüstet; das sei doch deutschen Richtern gegenüber ganz unangebracht; ja, sie könnten doch auch die Herren vom republikanischen Richterbund wissen, daß deutsche Richter stets nach Recht und Gerechtigkeit urteilen und dazu keines Antriebs bedürften, von wem immer er kommen solle. War der Aufruf des republikanischen Richterbundes überflüssig? Die Antwort auf prompt das hayerische Oberste Landesgericht, in dem als Richter der ehemalige Polizeipräsident Bodmer sitzt. Er erstellte die hayerische Ausnahmeverordnung für rechtsgültig; denn nach Artikel 18 der Reichsverfassung habe jede Landesregierung das Recht, im Falle dringender Gefahr Ausnahmeverordnungen zu erlassen. Die Reichsgerichte zum Schutze der Republik hätten nun in Bayern einen solchen Widerstand hervorgerufen, daß eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung der Regierung als gegeben erschienen sei und deshalb sei sie zum Erlaß der Ausnahmeverordnung, die die Reichsgerichte außer Kraft hebt, berechtigt gewesen. Ueberzeugten Republikaner und Anhänger des Reichseinheitsgedankens wird diese Beweisführung objektiv als lächerliche Rechtsverdrängung erscheinen. Ein ordnungswidrig erlassenes Reichsgesetz, dem mehr als zwei Drittel des Reichstages zugestimmt haben, soll die Ruhe und Ordnung so schwer gefährden, daß zur Wahrung dringender Gefahr die Landesregierung Aus-

Das Todesurteil

Reiner meldet aus Riga: Der Moskauer Oberste Gerichtshof hat gestern über die Hauptführer der Sozialrevolutionäre das Todesurteil ausgesprochen. Der allrussische Zentralvolkskongress beschloß, das Todesurteil zu bestätigen, aber seine Ausführung aufzuschieben, die indessen zu einem baldigen Zeitpunkt stattfinden soll, falls die Sozialrevolutionäre Partei ihre Gewalttaten und Spionage gegen die Sowjetregierung nicht einstellen sollte.

Die Chemnitzer SPD zur Einigung des Proletariats

In einer überfüllten Parteiverammlung sprach in Chemnitz Genosse Minister Keillich über die Einigungsfrage. Nach dem Bericht der Chemnitzer Volksstimme führte er u. a. aus: „Der Gedanke der Einigung ist eng verbunden mit dem Gedanken des Klassenkampfes. Das Klassenbewußtsein in der deutschen Arbeiterklasse ist nie verlorengegangen, aber es waren Kräfte am Werk, die uns einreden wollten, daß der Klassenkampf einer friedlichen Verständigung der Klassen Platz gemacht habe. Das ist selbst von einem so hervorragenden Theoretiker der Partei wie Genosse Cunow in der neuen Zeit wiederholt propagiert worden. Keillich hat deshalb auch die Einigung nicht aufhalten, sondern nur ein Jahr kommen lassen. Auch in Chemnitz hat sich der Gedanke der Einigung und die Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes mit elementarer Gewalt durchgesetzt. Allerdings war die Rede über die drei Parteitage von Weissen nach Leipzig und Chemnitz etwas lang und umständlich; aber die Mehrheit von Weissen, die noch unter der Einwirkung Kootes stand, ist in Chemnitz nicht etwa eine Wiederkehr gewesen, sondern überhaupt von der Wildschau verschwunden, und es war interessant zu sehen, wie es überhaupt niemand mehr gab, der jemals der Einigung zustimmend gegenüberstand hätte. Was hat man nicht alles an fadenstimmigen Argumenten gegen die Einigung vorgebracht. Was es doch Anfechtungen, die eine Einigung mit der U. S. P. überhaupt nicht für möglich hielten, weil in der neuen Partei dann zu starke Gegensätze vorhanden seien. Dann waren wieder andere, die wohl Worte für die Einigung hatten, aber beiseite nicht davon reden wollten und die Zeit noch nicht für reif genug hielten. Es ist das geschichtliche Verdienst der Reichstagsabstimmung, durch ihre Anfrage an die Unabhängigen den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Wir dürfen dieser Tat mit rückhaltloser Anerkennung gedenken.“ Der Redner schloß unter dem klaren Beifall der Versammlung mit der Aufforderung, jetzt die Augen offenzuhalten und durch die Massen die Führer zu veranlassen, daß auf dem Parteitag zu Augsburg ganze Arbeit gemacht wird.

Sozialdemokraten als Verwaltungsbeamte

Das Regierungspräsidium in Merseburg ist auf Beschluß des Staatsministeriums mit dem bisherigen Landrat in Cadice, Genossen Bergemann, besetzt worden.

Leben • Wissen • Kunst  
Neue Wege für Jugendgerichte

Die neue Bewegung der Jugendgerichte hat sich die ganze Welt erobert, und besonders in den angelsächsischen Ländern heftigste Aufmerksamkeit zu verdienen. Neue und erfindungsreiche Wege auf diesem Gebiete sind von dem Jugendgerichtshof zu Montreal in Kanada eingeschlagen worden, und über die Ergebnisse berichtet ein Artikel dieses Jugendgerichts, Mrs. Rose Henderson, in letzterem Monatsheft des Reichsboten. Seit 18 Jahren bereits gibt es in allen Provinzen Kanadas, mit Ausnahme von Nova Scotia, Jugendgerichte, und man hat hier die Erfahrung gemacht, daß kein untragbarer Hindernis für die Befreiung des Kindes ist. Während der 10 Jahre, über die die Erfahrung von Frau Henderson reicht, sind 10-12 Fälle, die dem Gericht vorgeführt wurden, gerichtet und zu nützlichen Bürgern herangeführt worden. Das, was die kanadischen Jugendgerichte hauptsächlich von den anderen Einrichtungen unterscheidet, ist die Maßnahme, daß kein Kind bei seinem ersten Verbrechen vor Gericht gestellt werden darf. Die kleinen Verbrecher werden sogar zwei- und auch dreimal vermahnt, bevor man mit Strafe gegen sie vorgeht, denn „keine Strafe lehrt auf einmal, nur zu sein.“ Wenn ein Fall vor das Jugendgericht kommt, so wird er zunächst auf sechs Tage zurückgestellt. Während dieser Zeit zieht ein befugter Beamter Erkundigungen über das Kind, die Familie und die Lebensbedingungen des Kindes ein, beschafft sich einen Bericht der Schule und legt diese Schulmänner dem Richter vor. Die Frage, die der kanadische Jugendrichter sich zu beantworten hat, ist die: „Warum ist das Kind hier?“ Bei der Verhandlung müssen Eltern oder Pfleger zugegen sein. Man kennt das Kind nicht besser, ohne vorher ungünstige Bedingungen in seiner Umgebung abzufragen. Es wird daher eine Zusammenkunft zwischen Eltern, Gericht, Schule und Kind herbeigeführt, die vorstehende Gründe getragen hat. Außerdem gibt es eine sogenannte „Große-Veränder-Bewegung“, durch die dem Knaben ein älterer und verständiger Freund zur Seite gegeben wird, der ihn mit gutem Beispiel voranführt. Die Knaben, die in eine Verfehrungsanstalt untergebracht werden müssen, kommen in eine außerordentlich eingerichtete Anstalt, in der sie mit Familien in kleinen Zimmern zusammen wohnen. Für die Mädchen soll eine ähnliche Anstalt erst geschaffen und eine „Große-Schwester-Bewegung“ ins Leben gerufen werden. Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sind besonders geeignet, eine große Anzahl jugendlicher Verbrecher heranzuziehen, und das Hauptziel ist der Diebstahl. Die Präzi-

der kanadischen Jugendgerichte oder hat gezeigt, daß nicht Verhaftung die Bestrafung ist, sondern nur die Befreiung der Umstände, die die Kinder auf den Pfad des Unrechts trieben.

Dresdner Kalender

Theater am 11. August: Opernhaus: Die Schöne und das Biest. Schauspielhaus: Die Schöne und das Biest. Berliner Schauspielhaus: Die Schöne und das Biest. Central-Theater: Die Schöne und das Biest.

Reisebeschreibungen. Naturkundliche Ausflüge mit Dr. H. A. Häbler. Abteilung II (August bis Oktober). Sonntag den 20. August: Elbtaube bis Meißel. Treffpunkt: 10 Uhr am Schützenhaus. Teilnehmerkarten hierzu beim Exzursionsleiter.

Die sechste Wanderung mit Dr. Johannes Schöndorfer und Dr. Gotthold Weicker (Rund um Dresden. II. Band der Erde) findet nicht Sonntag den 13., sondern Sonntag den 20. August statt (Hilberdorf-Rohlsberg-Luzberg-Kloster-Schloß). Abfahrt: 5.50 Uhr Hauptbahnhof nach Hilberdorf. Rückfahrt von Rohlsberg-Schloß 8.20 Uhr oder 7.50 Uhr (falls dieser Bedarfzug geht). Teilnehmerkarten hierzu beim Führer.

Der Dresdner Männergesangsverein wiederholt, Mitglied des A. S. B., gibt am 12. August ein Konzert in Gritz unter Mitwirkung der Opernsängerin Bieder-Kimpel. Leitung: Kapellmeister Erich Schneider.

Reine Wittensingen

Metaphorik. Die Franzosen sind nie um schöne Namen verlegen, wenn sie uns mit besonders unangenehmen Maßnahmen bedecken. Schon Lessings Riccaut de la Martiniere nennt die deutsche Sprache eine „plumpe Spross“, in der man gewisse Dinge nicht elegant und schonungslos ausdrücken kann, und an diese Bemerkung wird man erinnert, wenn man von der neuesten Erfindung Poincarés, den „Metaphorik“, liest, die wir Deutschen in unserer plumphen Sprache „Erpressungen“ nennen könnten. „Metaphorik“ ist ein französischer Terminus technicus des Wörterrechts, der mit großer Bescheidenheit auf die gegenwärtige Lage angewandt wird. Nach den Angaben berühmter Völkerrechtler, wie Calvo, u. Martens, Meier u. a., wird der Begriff in der Grande Encyclopédie folgendermaßen definiert: „Die Metaphorik tritt in dem Fall auf, wo ein Staat sich gegen einen andern in einer Form verhält, die zwar vollkommen gesetzmäßig und erlaubt, aber unethisch, schmerzhaft und schädlich ist, worauf der andere Staat ähnliche Maßnahmen gegen den ersteren ergreift. Der belästigte Staat kann dieselben Maßnahmen gegen die Anzeichen des

andere Staats in seinem Lande anwenden, die der erstere Staat gegen die Untertanen des zweiten Staats gebraucht hat; er kann die Handelsbeziehungen unterbrechen usw. Die Beziehungen, die zwischen den zivilisierten Staaten herrschen, bestehen es, sofort zu Retorsionsmaßnahmen zu greifen; es müssen erst Internationallösungen vorgegangen sein, und die Retorsionen sind erst dann rechtmäßig, wenn die Verhandlungen ergebnislos waren. Die Retorsion ist eine Art Repressalie, wenn man dies Wort im weitesten Sinne nimmt; aber sie richtet sich nur gegen einen Zustand, den man der internationalen Billigkeit und Gerechtigkeit widersprechend ansieht, während die Retorsionen sich gegen einen ungerichteten oder unrechtmäßigen Zustand richten.“

Bilder ohne Worte. Mit diesem Titel erschien zu Ray Siebermanns 70. Geburtstag im Verlag des Verlags der Kunst- und Bildervereinigung ein Buch über die Kunst der Bildervereinigung. Die Schritte besorgte Reinhold Siebermann. Die Bilder sind mit einer Einführung von Reinhold Siebermann versehen, die die Kunst der Bildervereinigung in aller Klarheit darstellt. Das und die gute Reproduktion der Zeichnungen wird allen denen eine Freude sein, die diesen Meister des deutschen Impressionismus lieben.

Der Schritt der Vereinigten Staaten zur Wiener Konferenz. Der Kongress hat neulich, wie berichtet wurde, das Gesetz angenommen, das den Eintritt der Vereinigten Staaten in die internationale Berner Literatur-Union beschließen soll. Der beschlossene Gesetzesentwurf bezieht sich auf einen seit 85 Jahren geführten Kampf. Der Präsident erhält die Ermächtigung, den Beitritt zu der am 13. November 1906 in Berlin unterzeichneten verbündeten Berner Konferenz zum Schutze des Urheberrechts im Bereich der Literatur und Kunst zu unterzeichnen, ebenso zu dem Zusatzprotokoll dazu. Die Bestimmungen über Urheberrecht, Schutz der Kunst, werden dann den europäischen Behörden, wie sie in ihren literarischen Verträgen festgelegt sind, angeschlossen. Ausdrücklich wird bemerkt, daß gewisse Vorbehalte, wie der Bezug des „Copyright“-Vermerkes, die Unterzeichnung, Eintragung usw., in Fortfall kommen. Ramentlich die Künstler werden diese Bestimmungen mit Freuden begrüßen.

Die Telegraphenlinie zur „Berühmten Stadt“. Die Hauptstadt von Tibet, Lhasa, einst die „berühmte Stadt“, in deren Bereich kein Europäer eindringen durfte, ist seit dem Zuge des englischen Obersten Hounghenshand dem Verkehr erschlossen worden, und Europa geht jetzt in der „heiligen Stadt“ und in den Tälern des Dalai Lama auf und ab. Der deutsche Reichstag für die Festlegung Tibets ist die Tatsache, die jetzt aus London gemeldet wird, daß eine telegraphische Verbindung zwischen Lhasa und Indien geschaffen worden ist.

### Internationaler Bergarbeiter-Kongress

Den Vorsitz führte am zweiten Verhandlungstage ...

Über das Pensionskassenwesen referierte an Stelle des erkrankten Referenten ...

Die dem Internationalen Bergarbeiterverband angeschlossenen Organisationen sind bereit, mit aller Energie auch weiter dahin zu drängen, daß das Los der Invaliden, Witwen und Waisen ein besseres wird.

In der Aussprache erklärte sich Walsh für die englische Delegation gegen die Resolution. Die Bergarbeiter wollten keine Sonderrechte; die Sozialversicherung, die Sache des Staates sei, müsse alle Arbeiter umfassen.

Der Kongress nahm hierauf in geschlossener Sitzung Stellung zu dem Streik der amerikanischen Bergarbeiter.

Der in Frankfurt a. M. am 7. August 1922 tagende Internationale Bergarbeiterkongress nimmt Kenntnis von der Lage, in der sich die amerikanischen Bergarbeiter befinden durch die Weigerung der Bergwerksbesitzer, mit dem amerikanischen Gewerkschaftsverband einen neuen Ländelohnvertrag abzuschließen.

Die beiden amerikanischen Delegierten gaben eingehende Berichte über den Kampf der dortigen Bergarbeiter. ...

Der Internationale Bergarbeiterverband tritt mit aller Energie dafür ein, daß das Los der Kranken und invaliden Bergarbeiter jenseits von Witwen und Waisen ein besseres wird.

Der Internationale Bergarbeiterverband fordert von der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern, daß ein Sozialversicherungsgesetz beschlossen wird, wobei bei der Gewährung der Pensionsbegünstigung auf die Altersgrenze ganz besonders in gesundheitlich und gefährlichen Berufen Rücksicht zu nehmen ist.

Der Kongress ist der Meinung, daß bei den Bergarbeitern der Beweis der Invalidität ohne weiteres als erwacht anzusehen ist, wenn sie das 50. Lebensjahr erreichten und 25 Jahre im Bergbau beschäftigt gewesen sind.

Der Kongress stimmte dieser Entschließung einmütig zu. Wichtigstellung. Im gestrigen Bericht muß es beim Bericht der Monatsprüfungskommission bezüglich der Mitgliederzahlen der einzelnen Länder bei Holland 3500 (nicht 5000) und bei Bulgarien 2400 (nicht 21000) heißen.

### Aus der amerikanischen Arbeiterbewegung

Folgendes Bericht aus Amerika entnehmen wir dem internationalen Organ der Arbeiter-Organisationen.

Ein hohes Maß über die Situation uners bekanntem Dollarlandes zu geben, ist wegen dem Chaos, das auf der ganzen Welt herrscht, fast unmöglich. Auch Amerika ist nun nicht ausgenommen. Tatsache ist, daß jeder Mensch mit einem Dollar, ganz gleich ob Silber oder Papier, genügend Nahrungsmittel für einige Tage kaufen kann.

Weiter ist die behauptete Tatsache zu verzeichnen, daß es an Arbeit fehlt, um sich Dollars verdienen zu können. Während die europäischen Länder ihre Abgabengebiete wieder finden, muß Amerika seine Fabriken schließen, ausgenommen jene, die für die heimische Industrie gebraucht werden.

Eine riesige Anzahl Streiks wurden von den Kapitalisten in Szene gesetzt, um die Arbeiterschaft aus den Fabriken herauszuwerfen, auf diese Weise sich der Kontrolle, die mit den Arbeiterverbänden abgeschlossen wurden, zu entledigen und dadurch billigere Arbeitskräfte zu erlangen.

Die größten Streiks wurden von den Kohlenbergleuten und Textilarbeitern geführt. Obwohl die Verbände daraus viel Mitglieder gewonnen, waren die Streikenden keineswegs befriedigt über die Erfolge der Streiks. Sogar ein Generalstreik

der Bergarbeiter scheint nicht stark genug zu sein, um der Arbeiterklasse Vorteile zu erringen. Das wirksamste Mittel für uns ein Generalstreik aller zusammengefaßten Hochverbände sein, und das scheint jetzt die allein mögliche „Revolution“ in Amerika zu sein.

### Weitere französische Forderungen

Nach dem Berichterstatter des Petit Parisien wird das französische Memorandum folgende Angaben enthalten:

- 1. Die 20prozentige Abgabe auf ausländische Devisen, die dem Garantiefonds abgeliefert werden soll, sei gemeinsam auf 1250 Millionen Goldmark im Jahre abgeschätzt worden;
2. Der Ertrag der deutschen Zolleinnahmen sei ungefähr auf 300 Millionen Goldmark festgesetzt worden;
3. Die 60prozentige Abgabe vom Aktienkapital der auf dem linken Rheinufer gelegenen chemischen und Zinkfabriken, die einem internationalen Syndikat überstellt werden soll, dürfte jedenfalls, wie die Sachverständigen sagen, 600 Millionen Goldmark ergeben.

Die neue Zollstrafe lehnten die Engländer ab, da sie eine erste wirtschaftliche Störung herbeiführen würde. Ihr Ertrag würde nur in Papiermark erstattet werden können, mit der die Reparationskommission nichts anfangen könnte.

Auch der französische Antrag auf Verschlagnahme der Steuern sei bei der Weigerung auf Widerstand gestossen.

### Kleine politische Nachrichten

#### Vor einer Hungerkatastrophe in Innsbruck

Innsbruck, 9. August. Innsbruck steht infolge der unterständlichen Fremdenpolitik der Tiroler Regierung und der Zerstörung der Zwangsindustrie durch die lokale Landtagsbeschlüsse vor einer Hungerkatastrophe.

- 1. Beschlagnahme der in den Hotels eingehenden fremden Zahlungsmittel.
2. Strenge Kontrolle des Salzenverkehrs.
3. Zentralisation des Einkaufs von Auslandswarenmitteln in den Händen des Staates und der Konsumvereine.
4. Zwangsbeschaffung der Kartoffelversorgung.

#### Eine Anleihe für Polen

Warschau, 9. August. (Fig. Drahtbericht.) Der von der polnischen Regierung mit dem Absicht von Auslandsanleihen beauftragte Abgeordnete Stadyski hat von dem amerikanischen Finanzdelegierten bei der Friedenskonferenz die Mitteilung erhalten, daß Polen eine langfristige 30jährige Anleihe von 50 Mill. Dollar erhalten könne.

Hür die Parteikasse. Von der Reichstagsfraktion der S. P. D. wird mitgeteilt: Aus den Beiträgen der Mitglieder der Reichstagsfraktion wurden dem Parteivorstand 100.000 M. überwiesen.

Der bisherige kommissarische Landrat in Osnabrück, Genosse Krenzler, ist vom preussischen Staatsministerium jetzt bekräftigt worden. Der Kreisrat hatte Krenzler mit großer Mehrheit vorgeschlagen.

### Aus aller Welt

#### 700 Waggons Kohle verschoben

Auf einer Grubenverwaltung in Sondersburg ist nach einer P. A. Meldung eine große Kohlenverschöbung aufgedeckt worden. Es handelt sich um eine Kohlenverschöbung, die seit langer Zeit betrieben wird, und an der eine Anzahl Grubenbeamte beteiligt ist.

#### Der im Gordon-Bennett-Wettfluge

von Magdalena geführte spanische Ballon Josias Fernando Durro, der infolge einer Beschädigung erst am Sonntag abend aufsteigen durfte, mußte nach einseitiger Fahrt in Grand-Saconnex in der Nähe der französisch-schweizerischen Grenze niedersteigen.

#### Meuterei im Zuchthaus

In einer Abteilung des Zuchthaus Brandenburg haben sich sechs Mann zusammen und überfielen mittags nach 1 Uhr den wachhabenden Beamten. Man nahm ihnen die Schlüssel ab und zog dann zu den anderen Männern. Hier antwortete man den anderen Beamten ebenfalls die Schlüssel und verließ, ohne Entschuldigungen zur Nacht zu befehlen.

### Politischer Mord in Belgrad

Belgrad, 9. August. In der vergangenen Nacht wurde der radikale Abgeordnete Gubisovic von Unbekannten aus politischen Gründen ermordet.

### 1060 Kilometer im Ballon

Genf, 9. August. Der am Gordon-Bennett-Fliegen beteiligte amerikanische Ballon „Nucleo Sam“, unter Führung von Donnet, ist am 7. August 40 Kilometer östlich von Budapest beim Dorfe Tassu-Oborcshe gelandet.

### Gute Zeiten für Diebe

Berlin, 9. August. Wert- und Schmuckstücke im Werte von einer Million Mark wurden gestern nachmittag in einem Hotel am Kurfürstendamm einem ausländischen Ehepaar während eines Ausganges gestohlen. Der Dieb hatte die Zimmer mittels Nachschlüssels geöffnet, einen großen Koffer ausbrechen und eine Reisetasche auspacken lassen.

Berlin. Im Walde bei dem Bahnhof Reinickendorf fanden Polizisten ein zwölfjähriges Mädchen an einem Baum angebunden. Das Kind war ohnmächtig und fast verhungert. Zwei Männer hatten sich um dem Kinde schwer vergangen.

Amerikanisches Urteil gegen einen Tierhändler. Von dem Gericht zu Walden Massachussets, wurde einem gewissen Raymond W. Putnam, weil er seinen Pferde nicht die gehörige Fütterung und Pflege hatte zukommen lassen, aufgegeben, zwei Rinder lang im Stall des Pferdes zu schlafen und das Pferd demselben auf die Weide zu lassen; der Richter ließ den Angeklagten wissen, daß wenn das Pferd nach 14 Tagen sich in besserem Zustande befinde, er von einer weiteren Strafe abgehen wolle.

### Neueste Telegramme

#### Der Schmuggel im Erzgebirge

Mingenthal (Erzg.), 10. August. Ueber erhöhte Schutzwachhaftigkeit an der tschechoslowakischen Grenze wird berichtet: Der hohe Stand der tschechischen Krone reizt zu umfangreichen Warensmuggeln in Sachsen an. Im Kanton Oberhainberg-Mingenthal ist Landgendarmerte zur Grenzüberwachung eingesetzt worden.

#### De Facto Regierungserklärung

Rom, 10. August. In der gestrigen Sommerferienbeton der Ministerpräsident de Facta in einer kurzen Regierungserklärung: Da das Kabinett dieselbe politische und parlamentarische Zusammensetzung aufweise wie das vorhergehende, bleibe nach sein Programm das gleiche.

#### Auch Belgien gegen Poincaré

London, 10. August. Der politische Mitarbeiter des Daily Chronicle schreibt: Der Vorschlag Poincarés einer alliierten Kommando der deutschen Staatsforten und Bergwerke wurde mit zwei Stimmen, gegen die Stimmen der Belgier und Franzosen, abgelehnt, die übrigen Vorschläge mit vier Stimmen.

#### Der Dollar 866,41

Table with exchange rates for various currencies including Gold, Danesmark, Kronen, etc.

#### Eigene Drahtmeldung

rs. Berlin, 10. August. Am Devisenmarkt ist in den heutigen Vormittagsstunden eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Der Dollar, der gestern abend mit 815 geschlossen hatte, schloß heute mit 870 ein, um bald darauf bis auf 875 und 884 zu steigen.

#### Wasserstände der Wotlau, Iser, Eger und Elbe

Table with water levels for Wotlau, Iser, Eger, and Elbe at different locations.

#### Wettervorhersage für den 11. August

Mitgeteilt von der Städtischen Landeswetterwarte. Wetterlage. Die Depression hat sich nur ein kurzes Stück ostwärts verlagert. Ihr Einfluß ist bei uns geringer, als gestern veranschlagt wurde, da wir in den Bereich eines Hochdruckgebietes gelangt sind.

**Zentrale Sitzung des Reichsausschusses der Arbeitervereine**  
 am 10. August 1922, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Arbeitervereine in Dresden.  
 Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht über die Arbeit der Arbeitervereine im August 1922. 2. Die Arbeitervereine in der Provinz. 3. Die Arbeitervereine in der Provinz. 4. Die Arbeitervereine in der Provinz.

**Pirna.**  
 Der Rat der Stadt Pirna.  
 am 9. August 1922.  
 Der Rat der Stadt Pirna.

**Defill. Mieter-Versammlung**  
 am 12. August, abends 7 Uhr in den Säulenhallen.  
 Hartwig & Vogel, A.-G.

**Blechlackierer**  
 ICA, Aktiengesellschaft

**1. tüchtiger Bienenhobler**  
 gesucht.  
 Engels unter 12, 40 an A. A. Jägerstein & Vogel, Dresden.

**Tüchtige Dreher**  
 sofort gesucht.  
 Klauer & Simon, Dresden-A.  
 Hippoldswaldener Gasse 8.

**Tüchtige Konfektions-Schneider**  
 auf Paletots und Röcke.  
 Robert Eger & Sohn  
 König-Johann-Strasse.

**Kernmacher**  
 Gebr. Barnewitz, 99 III. B. D.  
 Wilschauerstr. 12.

**Tüchtige Metallschleifer**  
 gesucht.  
 ICA, Aktiengesellschaft  
 Schwanerstr. 76.

**Tüchtige und selbständige Heizungsmeister**  
 nach Böhmen suchen sofort.  
 Kockler & Steinert, Dödschab.

**U.T. Licht-Spiele**  
**Durch Kerker und Paläste von San Marco**  
 Ein Spiel um die Macht in 3 Teilen.  
 Für die deutsche Lichtspielbühne bearbeitet von Paul Rono.  
**Intrigen und Dolche**  
 I. Teil:  
 in 4 Akten.  
 In der Hauptrolle: Luciano Albertini.  
 Wochentags und Sonntags 4, 6, und 8 1/2 Uhr.

**Jahresschau Deutscher Arbeit, Dresden**  
 Morgen Freitag den 11. August 1922 Morgen  
**Elite-Konzert**  
 des gesamten Philharmonischen Orchesters  
 „Heiterkeit und Tanz“  
 Dirigent:  
 Komponist und Kapellmeister Franz von Blon (Berlin).

**Olympia-Theater Altmärkt**  
 Der schwedische Kunstfilm  
**Umdas Erbe**  
 Schauspiel in 5 Akten mit der vielbesprochenen und beliebten Karin Molander und anderen hervorragenden ersten Künstlern.  
 Naturaufnahmen  
**Die Aesculapnatter**  
 Beginn der Vorstellungen täglich 4, 6 1/2, 7 u. 8 1/2 Uhr

**Vogelwiese Körbchenbrot**  
 verbunden mit **Wurstfest**  
 am Samstag den 12. bis Dienstag den 15. August.  
**Nieten-Sewerwert an der Elbe**  
 Dienstag den 15. August.

**SARRASANI**  
 Täglich 7 30 Uhr - Sonntag nach 3 Uhr  
 Harterstr. Heidenz. Kaufhaus.  
**Bombe platzt, SUMS**  
 15 große Attraktionen 15

**Ball-Anzeiger**  
 für Freitag den 11. August:  
**Bürgergarten** Lübecker Straße 10  
**Biederste** Schwanerstr. 1, 5, 12, 18, 19, 20  
**Linden-Garten** Schwanerstr. 121  
**Paradiesgarten** Dresden's bester Kneipe  
**Reichshallen** Palmstraße 18  
**Watzkes Tanzpalast** Schwanerstr. 10 u. 11

**Pickel, Sommersprossen, Streier Saal**  
 ohne Verschönerung, 250 Personen (inkl. in der Umgebung von Dresden für Sonntag den 13. oder 14. September gelüftet).  
**Neuesten Fahrrad-Modelle**  
 6 Schläger der Saison 1922  
 Wanderer - Brennabor  
 Opel - Diamant  
 Allright - Avanti  
**Schmelzer**  
 Ausstellung: Ziegeleistraße 19  
 Werkstätten: Pillnitzer Str. 50.  
**Haarnetze**  
 Anzüge  
**Hosen**  
**Sofenträger**

**Noack**  
 3 Frielengasse 3  
**Billige Lebensmittel!**  
 Kunsthonig  
 Spisensalz  
 Spisebohnen  
 Kakao  
 Bruchreis  
 Elome-Resinen  
 Stroh

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Rohe Kaninfelle**  
 gegen Fensterleber  
 Rühlmann, Weidenbachstraße 4, Hof  
 Eßlau, Hauptberger Straße 8, 11, Schneider  
 Colla, Steinbacher Straße 35, Zoodam.

**Die Strickjacke**  
 für die Dame  
 für den Backfisch  
 für das Kind  
 Enorm große Auswahl und Einzelverkauf zu billigsten Preisen  
**Strickjacken - Hofmann**  
 Dresden-A., Sternplatz 2, Eingang Annenstrasse - Tel. 29059  
 Spezialhaus für Strickwaren  
 Straßenbahnlinien: 7, 13, 10, 15, 20, 26.

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**  
**Stoffe!**

**Dresden-A. 27 Dresden-A. Landhausstrasse**  
**Das Tagesgespräch**  
 ist und bleibt  
**das neueröffnete**  
**Herren-Garderobengeschäft**  
 27 Pimsler, Dresden 27 Landhausstrasse  
 3 Tage extra billig!

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

**Wiederverkäufer!**  
 Neu eingetroffen:  
**S. Schärf**  
 Gröblichstr. 36, Eing. Weidenstr.

### Arbeiterjugendvereine Offachsen

Die Teilnehmer an Jugendtag in Salzburg treffen sich zur gemeinsamen Fahrt (Fahrpreisermäßigung) bis zu dem Sammelplatz in Leipzig in der Kuppelhalle des Hauptbahnhofes Dresden Donnerstag den 17. August, spätestens nachmittags 5 Uhr. Fahrkarten und Anmeldungen sind sofort an den Genossen Kurt Heilbut, Redaktion der Dresdner Volkszeitung, Dresden-N., Wettinerplatz 10, zu richten.

Sammeln in Leipzig Freitag den 18. August, spätestens früh 5 Uhr, im Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterjugend in Leipzig, Traugottstraße 17. Dabin sind auch sofort alle Anmeldungen wegen Übernachtung von Donnerstag bis Freitag zu richten.

Nachzügler fahren ab Dresden 12.45 Uhr nachts und ab Freitag früh 3.55 Uhr in Leipzig.

Der Jugendbeiratsvorstand  
F. A.: Konrad Fahrenwald, Dresden.

### Sächsische Angelegenheiten

#### Die proletarische Einheitsfront

Die Leipziger Unabhängigen haben in einer großen Parteiverammlung zur Frage der Einigung der sozialistischen Parteien nach Referaten von Seger und Liebmann gegen nur 7 Stimmen eine Entschließung angenommen, die in ihrer wesentlichen Fassung lautet:

Die Mitgliederversammlung der K. S. P. von Groß-Leipzig billigt die Schritte der Reichsleitung und des Zentralkomitees, die in Gemeinschaft mit der K. S. D. und den Gewerkschaften zur Rettung der deutschen Republik und zur Wiederherstellung der demokratischen Republik unternommen worden sind. Sie begrüßt, daß aus dieser Arbeit- und Kampfgemeinschaft der aufsteigende Wille zur Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien entstanden ist. Die Tagungen der beiden Parteien haben die nötigen Unterlagen für die Vereinigung in organisatorischer, richtunggebender und tatsächlicher Beziehung zu schaffen. Die Vereinigung stützt die Anweisung der beiden Parteienleitungen zu, daß Vorverhandlungen und Schaffung von Untergruppen für die Parteitage nur durch die Zentralen zu geschehen haben, die endgültige Beschlussfassung aber dann von der Gesamtheit der Mitglieder geschieht.

So wünschen wir es ist die Vereinigung auch auf die kommunistischen Anhänger auszudehnen, so kann sie doch so lange nicht erfolgen, als die K. S. D. von Moskau kommandiert, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse zu zerstören trachtet, fortgesetzt verurteilt und in ihrem Kampfe lähmt. Sobald sie sich von Moskau emanzipiert, die arbeiterschaftliche Politik aufhebt und die Interessen der Arbeiterklasse Deutschlands zur Grundlage ihres Strebens macht, steht einer Verhandlung mit der K. S. D. auf Vereinigung nichts mehr im Wege.

Diese Stellungnahme der Leipziger Unabhängigen läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Besonders sagt sie auch in bezug auf die Kommunisten bestimmt und deutlich das, was dieser Gruppe unbedingt gesagt werden muß. Die Kommunisten können in diese Kampf- und Arbeitfront des Proletariats erst dann einbezogen werden, wenn sie ihren hitlerischen Willen zur Mitarbeit für die Sache der Arbeiterklasse durch die Tat bewiesen haben.

#### Reaktionärer Matsch und Tratsch

Der frühere Hamburger Rechtsanwalt und jetzige Amtsgerichtsleiter, Genosse Dr. Schröder, der als Hilfsarbeiter im sächsischen Justizministerium berufen wurde, wendet sich in einer Erklärung gegen ein von einer sächsischen Korrespondenz ausgegebenes Gerücht aus Hamburger Juristenkreisen, wonach er sich an den Urteilen in Hamburg 1920 beteiligt und angeblich an der Spitze von Sozialisten die Richter aus dem Hamburger Oberlandesgericht verjagt habe. Genosse Dr. Schröder schreibt:

Ich war von 1918 bis 1919 Kriegsgerichtsrat bei der Marine in Archden und auf Helgoland. Nach Ausbruch der Revolution beauftragte mich der Festungskommandant von Archden mit Verhandlungen mit dem dort gebildeten R. und S. Rat. Von diesem wurde ich zum Rechtsbeistand gewählt. Nachdem sich Teile der Archdener Flotte und Besatzung nach Hamburg begeben hatten, um die Bewegung dort vorwärtszutreiben, habe ich mich ihnen angeschlossen und an der Errichtung des Obersten Marinerats der Niederelbe in Hamburg teilgenommen. Für diesen wurden in Eimbecke mit dem R. und S. Rat von Groß-Hamburg bereit und benutzte Räume im Oberlandesgerichtsgebäude auf acht Tage

in Anspruch genommen, bis in dem Gebäude des Oberkommandos der Marineverwaltung in Hamburg geeignete Büroräume zur Verfügung standen. Bis Ende Dezember 1918 habe ich im Obersten Marinerat gearbeitet. Ich habe meine Tätigkeit dort nicht abgebrochen, als sein Leiter ein fünftägiges Abwesen gegen die Regierung Herrn Scheibemann in Aussicht nahm. Dem Sozialistenbund habe ich nicht angehört. Seit Ende Dezember 1918 habe ich mich an dem politischen Ereignissen nicht mehr beteiligt. Ich gehöre der SPD. an. Ich habe während meiner Teilnahme an der Erhebung 1918 niemals in die Reichsliste eingetragen, insbesondere auch keine Richter ihres Amtes entsetzt und bergeleitet.

Der alberne Matsch und Tratsch, gegen den sich Dr. Schröder in dieser Erklärung wenden mußte, kennzeichnet wieder einmal die Methoden, die die reaktionären Zeitungskorrespondenten im Kampfe gegen eine entschiedene Demokratisierung der Verwaltung anzuwenden lieben.

#### Statt erfunden

Der Dresdner Anzeiger und andre Blätter bringen die („wenn auch unterbärtige“) Nachricht, daß der Auerbacher Amtshauptmannsposition neu besetzt und ein Schuldirektor Zimmermann als Amtshauptmann in Aussicht genommen sei, und das zu einer Zeit, wo sich der jetzige Amtshauptmann auf Urlaub befindet. Wie uns dazu auf unsere Anfrage von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist diese Nachricht glatt erfunden. — Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß sich immer wieder Blätter finden, die mit solchen Mitteln eine Spitze gegen die Regierung betreiben. Es scheint fast, als ob in dem Geiz zum Schutze der Republik noch ein wichtiger Paragraph vergessen worden wäre, der nämlich, der die Regierung vor gewissenlosen Falschmeldungen zeitungsruhriger Dejournalisten schützt.

Neue Regierungsvorlagen. Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, betreffend Volksebenegehe wegen Auflösung des Landtages. Darin bittet der Ministerpräsident im Namen des Gesamtministeriums den Landtagspräsidenten, einen Beschluß des Landtages herbeizuführen darüber, ob der Landtag dem Volksebenegehe stattgeben wolle oder nicht. — Ferner ist eingegangen der Entwurf eines Gesetzes über die Sengstföhrung.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat nach Leipziger Meldungen die Beschwerde des deutschen nationalen Schul- und Lehrbundes, des Hamburger, der Crisogoniden Dresden und Leipzig dieses Bundes gegen die Verfügung des sächsischen Ministeriums des Innern, durch die der Deutschvölkische Schul- und Lehrbund mit allen Bezirken und Kreisgruppen in Sachsen aufgelöst wird, endgültig verworfen. Der Schul- und Lehrbund ist damit als aufgelöst zu betrachten.

Amtsentlassung des Bürgermeisters von Tarna gefordert. In Tarna haben eine Einwohnerversammlung Kenntnis von den Vorzügen, die zu dem vom Stadtgemeinderat einstimmig beschlossenen Antrag an das Ministerium des Innern geführt haben, gegen den Bürgermeister das Disziplinarverfahren auf Amtsentlassung einzuleiten. Es handelt sich um den Verkauf eines Fabrikgrundstücks, wobei der Bürgermeister gegen die Interessen der Stadt gehandelt haben soll. Nach kurzer Aussprache wurde aus der Versammlung heraus eine Entschließung eingebracht, in der dem Stadtgemeinderat das Vertrauen der Einwohnerschaft bei Erledigung dieser Angelegenheit ausgesprochen und die Forderung gestellt wird, daß das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister scharfsten zur Durchführung komme. Die Entschließung fand Zustimmung.

### Stadt-Chronik

#### Die Nonnengefahr

Auch die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt ruft in einer Bekanntmachung, die wir anschießend abdrucken, zur Bekämpfung der Nonne auf. Wir haben schon an anderer Stelle gesagt, daß wir alle vereinigen und vor allem die unzureichenden privaten Maßnahmen für unzulänglich halten. Wenn die Waldgebiete rund um Dresden vor ähnlichen Schäden bewahrt bleiben sollen, wie wir dieser gefährlichen Sammetterling und seine Raupe in der Fichtenschnaube und in den Waldgebieten der Gegend angeht, so müssen unserer Meinung nach großzügige Abwehrmaßnahmen vom Staate und von der Stadt unter sachmännlicher Leitung organisiert werden.

Die Reinigung der Wälder wird ja von der Forstverwaltung für nächstes Frühjahr bereits vorbereitet. Es ist aber eine in diesen Tagen oft betonte Erfahrung, daß die Nonne am grünlichsten und wirksamsten bekämpft werden kann durch in strengen Abwischen der Wälder nach Eiern, Raupen, Puppen und Schmetterlingen. Die Flugzeit der Nonne ist jetzt noch in vollem Gange. Die Weibchen legen jetzt ihre Eier und jetzt wäre es höchste Zeit,

die Schmetterlinge zu sammeln und zu töten. Das erfordert natürlich zahlreiche Hilfskräfte, die die Forstverwaltungen aus ihren Mitteln nicht bezogen können. Deshalb müssen noch andre Kräfte mobil gemacht werden.

Man hat ja schon da und dort den Versuch gemacht, Schulkinder, ganze Schulklassen, in die Wälder zum Sammeln der Schmetterlinge zu schicken. Man hatte dabei aber immer mit den Schwierigkeiten der Beförderung, der Unterbringung und der Bekämpfung der Kinder zu kämpfen. Wo die Möglichkeit besteht, Kinder mit der Eisenbahn in die bedrohten Waldgebiete zu befördern, sollte die Reichsforstverwaltung ohne weiteres nennigentliche Extrazüge bereitstellen. Das wird jedoch nicht immer möglich sein, da die bedrohten Waldgebiete oft zu weit ab von den Bahnhöfen liegen. Niemand kann aber den Schulkindern einen ein- oder gar mehrstündigen Park nach und von dem Revier, in dem sie gerade beschäftigt werden, summen.

Für die Waldgebiete rund um Dresden können aber noch andre Möglichkeiten der Beförderung in Betracht. Es müßten Lastautos bereitgestellt werden, die die Kinder fahren morgens hin- und abends zurückbefördern. Schließlich wäre die Industrie in der Lage, solche Lastautos unentgeltlich oder doch wenigstens gegen Erstattung der Betriebskosten zur Verfügung zu stellen. Da die Wälder um Dresden fast überall an die Stadt und an ihre Vororte angrenzen, würde sich auf diese Weise eine Unterbringung der Kinder für die Nacht erledigen. So bliebe noch die Frage der Beförderung. Auch die sollte sich regeln, denn es dürfte nicht schwer sein, aus öffentlichen Mitteln die nötigen Fahrzeugmittel zur Verfügung zu stellen, die dann in geeigneten Selbstverwaltungen zubereitet werden könnten oder für deren Zubereitung noch vorhandene Feldküchen mitgeführt werden könnten.

Aber es gibt noch andre Möglichkeiten. Wenn in früheren Zeiten irgend eine akute Gefahr vorlag, wenn ein Waldbrand ausbrach, wenn Heberbeschwörungen eintraten, dann rückte immer in solchen Fällen Militär zur Hilfeleistung in die bedrohten Gebiete aus. Wir haben eine Reichsmehrheit. Was tut sie? Sie liegt in den Kasernen. Kloppt Griffe, läßt Gürtelweilungen und berichtet irgendwelche andre Dinge, über deren Wert oder Unwert hier nicht gesprochen zu werden braucht. Das eine aber ist sicher: daß in den Kasernen Arbeitskräfte versammelt sind, die von den örtlichen Militärverwaltungen zur Bekämpfung der Nonnengefahr mobil gemacht werden könnten. Würden nur 14 Tage lang einige Kompanien unter der Leitung von Forstschülern in der Dresdner Gegend gegen die Nonne regelrecht „eingesetzt“, so würde das eine Hilfe sein, wie sie wirksamer kaum denkbar ist. Bei der Verwendung der Reichswehr lassen sich alle mit einer systematischen Bekämpfung der Nonne verbundenen Schwierigkeiten viel leichter als in irgend einem andern Falle überwinden. Auch hier wäre der Hin- und Rücktransport im Lastautos möglich. Er braucht aber gar nicht jeden Tag zu erfolgen, da es möglich wäre, daß Reichswehrkommandos einfach für die notwendige Zeit in den Wäldern bleiben und dort regelrecht bivouacieren. Zelte und alles sonst dafür Notwendige sind ja vorhanden. Auch die Beförderung aus Feldküchen wäre hier noch leichter zu regeln als bei der Verwendung von Schulkindern.

Die ganze wehrfähige Bevölkerung Deutschlands hat vier Jahre lang in Schützengraben gelegen, hat in Schützengraben bivouaciert, hat Monate in strengster Winterkälte in den notdürftigsten Ortsunterkünften verbracht. Sie hat vier Jahre lang ein unmensliches Leben geführt zu dem Zwecke, Menschen zu töten und Werte zu vernichten. Erinnerung man sich daran, so erscheint es einem gar nicht als etwas besonderes, wenn jetzt Reichswehr einmal 14 Tage lang in den Wäldern bivouacieren würde, um diese Wälder vor der Vernichtung zu schützen.

Das alles sind außerordentliche Maßnahmen, die auch nicht unbedeutliche Kosten verursachen würden, aber es handelt sich ja eben auch um eine außerordentliche Gefahr, die den Staat mit einem Schaden bedroht, der die Kosten der systematischen Bekämpfung der Nonne um das Vielfache übersteigen würde. Es handelt sich um eine Gefahr, deren Größe in ihrem vollen Umfange von den Forstleuten erkannt wird und deren Größe auch der Laie erkennt, wenn er hört, daß fastgeerntete Fichtenschnäbe niedergebissen werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob sie köhlgreif oder nicht köhlgreif sind. Diese außerordentliche Gefahr erfordert außerordentliche Maßnahmen. Unternimmt man diese nicht, begnügt man sich mit unzulänglichen und oberflächlichen in lauter Einzelmaßnahmen zerstückelten Mitteln ohne Aus-

### Pioniere

Roman aus dem Norden von Ernst Döring  
Aus dem Schwedischen übertragen von Eise v. Hollander

Er sprach laut und mächtig. Der Berg hinter ihm sprach mit tiefer Stimme mit, und das Wasser dort unten um das Boot zitterte. Seine Stimme klang so mächtig wie der Fluß in der Frühlingsflut, und die schmelzigen Morgennebel glitten angstvoll auseinander. Seine Stimme zitterte bisweilen wie das ewige Eis, wenn es bricht, wie wenn die Erde, wenn das Menschenherz zerbricht. Bisweilen sang eine Stimme, besete und sang, dann aber brach sie wieder mächtig, gewaltig aus seinem Munde hervor, daß die Steine am Berge sich Wippen und herniederrollen. Seine Augen leuchteten und sein Wille ruhte auf dem Berge dort hinten, der aus den Morgennebeln hervortrat.

Der Sohn stand reglos da und sah Runona an. Höher und höher schlugen die roten Feuerflammen, mächtiger und immer mächtiger wuchs Runonas Stimme, mehr und mehr zitterte sie von den harten Schlägen des Menschenherzens. Und Runona wuchs und wuchs. Wir hatten das Gefühl, er reichte bis an den Gipfel des Berges, reichte bis an die Wolken, reichte bis an den Himmel. Da ging der Sohn felsen auf ihn zu, indem er behutsam den Brustflügel von der jungen Brust löste.

Wir wagten nicht hinzusehen. Wir wagten es nicht. Jemand etwas blühte in Runonas Hand. Wir sanken nieder. Dies Gefühl mochte man haben, wenn man über das Eis des Ozean am Karfabbagge schritt. Der Boden zitterte unter unsern Füßen, die Erde bebte, die Arme wankten, und unser Herz schlug so weich, so weich. Wir gruben die Hände in das feuchte Moos, denn sie brannten wie Feuer. Wir wollten schreien, aber wir konnten nicht. Und die ganze Zeit über hörten wir die Stimme, die mächtige Stimme, die aus der Wolke sprach.

Dann wurde es still. Wir bläkten auf.

Wirst du, was wir sahen?  
Runona lag auf den Anlen neben dem Sohn. Er hielt seinen Kopf zwischen den Händen. Runonas Lippen bewegten sich zu unhörbaren Worten, und sein eisgrauer Bart floß über die Brust des Sohnes. Wir glaubten zuerst, der Sohn schreie, aber dann sahen wir, daß etwas Neues zwischen dem

eisgrauen Bart hindurch ins Moos hinunter, in den Fluß hinein floß.

Da verstanden wir. Runona hatte ihn gerade ins Herz gestochen.

Wir taumelten empor und stürmten den Bergen zu. Erst als wir hoch oben waren, wagten wir uns umzusehen. Runona lag noch immer auf den Anlen neben dem Sohn. Lange lag er da. Schließlich sahen wir, wie er sich mühsam erhob. Wieder wälzte er ganze Baumstämme ins Feuer. Als die Flammen himmelhoch schlugen und die ganze Erde dort unten zu brennen schien, beugte er sich nieder, nahm den Sohn in die Arme und bettete ihn in die Flammen hinein. Die Flammen brüllten und loderten zu uns empor. Dann setzte die Stimme dort unten wieder ein, groß, mächtig, bebend, wie wenn das Menschenherz bricht.

Da wagten wir nicht länger zu verweilen.

Zwei Tage darauf kam Runona zu uns, während wir bei den Rentkieren saßen. Die bleierne Wolke war zurückgekommen. Runona stand vor uns. Sein Gesicht war ruhig, als er den Berg heraufstieg. Wir sagten nichts, denn wir hatten aufgehört zu sprechen.

Runona kam auf uns zu und sagte: Die Best ist tot. Die Best hat Runonas Sohn bekommen. Sie ist bestlebt. Als wir nicht antworteten, sah er uns fragend an. Wir zeigten auf die Rentkiere, die rings um uns lagen und die, als er sie zulezt gesehen, geschlafen hatten.

Er ging von einem Rentkier zum andern und hob ihre Köpfe. Alle waren tot. Von Rentkier zu Rentkier ging er diese, diese Stunden lang und suchte das Leben, aber er fand es nicht.

Wieder kam er zu uns hin, die wir stierend und kalt, ohne Feuer, ohne Leben, ohne Rentkiere dasahen.

Ein schlammiges Ungeheuer ist uns nie widerfahren. Lange stand er still da und sah uns an. Schließlich wälzten sich seine Augen mit Tränen, und sie rannen in Strömen in das eisgraue Moos hinein. Dann schanderte er zusammen, als sei etwas in ihm zerbrochen.

Ohne ein Wort drehte er sich um und ging von uns fort. ging in die schwarze Welt hinein, hinein in die schmelzigen Nebel des Ozean, hin zu dem ewigen Ozean am Karfabbagge.

Er ist nie zurückgekommen.  
Wer weiß, wohin die Rentkieren gehen?

#### Siebentes Kapitel

Diese Fahrt gab Agren den richtigen Eindruck von Lappland, und er liebte und fürchtete es zugleich. Er liebte seine Farben, und er konnte nachts stundenlang in irgendwelcher Schlucht hinter den Voraden sitzen und tauchen und auf den Tornesaur starren, dies unbegreifliche Zauberspiel von Farben, die nie still standen, sondern von Kupfer und Blut in Silber und Eisblau übergingen. Er liebte auch die großen, kühlen Moore und Heiden, die den Gang der Berge mit herrlichen Matten aus Purpur und Violett deckten.

Aber die großen Berge fürchtete er. Diese gewaltigen Schneefontänen hatten etwas Wildes und Unheimliches, und an Regentagen gestirten sie in den Nebeln in einer Weise, die wieder mit den Gesetzen der Optik, noch der Physik übereinstimmte.

Besonders vor dem Kuolja hatte er ein geradezu kindliches Grauen. Im Regennebel lehnte sich der Berg über die Berge, in der Agren hauchte, daß man meinte, er müsse darauf niederfallen. Früh am Morgen, wenn Nares Metten war, sah es aus, als ruge der Gipfel weit ins blaue Himmelsgewölbe hinein. Dann wieder sprach der Nebel den ganzen Berg auf, so daß man über dem Viremoald keine Spur von ihm sah.

Auf diese Weise wurde der Kuolja für ihn etwas Schamhaftes, mit dem kein Verstand nie fertig werden sollte. Er wurde ein übernatürliches Wesen, das ihm feindlich gesinnt war. Er wurde in diesem Glauben noch bestärkt, als eines Abends — er sah wie gewöhnlich in seiner Schlucht und rauchte — eine Lamine ihm fast überschattet hätte. Sie ging etwa zehn Meter links von ihm nieder, und der Druck war so stark, daß er sich mit Füßen und Händen gegen den Berg stemmen mußte, um sich zu halten. Auch die Arbeiter am Kuolja waren widerwärtig. Bald ließ man auf dies, bald auf jenes Hindernis, und die Arbeiter blähten Finger, Arme und Beine ein.

Es gab daher große Freude, als die Deber kam, man solle den Tunnel durch den Kuolja beginnen. Agren bekam jetzt die Berechnung der Bauten am Adisotawasserfall, den man eindämmen und durch eine Holzröhre am dem Fluß entlang leiten wollte, um dann weiter unten die Arbeiter für die Tunnelbohrung damit anzustreben. Diese Arbeit tat er mit Liebe und Lust, und sie ging in rasender Eile vorwärts.





